

Medienmitteilung
Gegenentwurf zur RASA-Initiative

Endlich! Dem Volk reinen Wein einschenken.

Der Bundesrat hat heute die Eckwerte von zwei möglichen Gegenentwürfen zur RASA-Initiative präsentiert. Das Stimmvolk wird damit die Möglichkeit bekommen, seinen Willen zu präzisieren und die Wichtigkeit der bilateralen Verträge zu verdeutlichen. Damit ist der Prozess nun endlich dort, wo die BDP schon im September 2014 hin wollte.

Für die BDP ist seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 klar, dass eine buchstabengetreue Umsetzung zum Verlust der enorm wichtigen bilateralen Verträge mit der Europäischen Union führen würde, dies aber keinesfalls dem Willen des Stimmvolkes entsprechen würde. Sie hat deshalb bereits im September 2014 eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche die vertragliche Beziehung zur EU in der Verfassung verankern wollte und somit zu einer Präzisierung des Volkswillens geführt hätte. Nachdem dieses Anliegen damals leider noch keine Mehrheit im Parlament fand, hat die BDP mehrfach gefordert, nun wenigstens die Möglichkeit eines Gegenvorschlags zur RASA-Initiative zu nutzen.

Dies hat der Bundesrat nun heute gemacht, indem er die Eckwerte von zwei möglichen Gegenvorschlägen präsentiert hat. Insbesondere die erste Variante nimmt den Wunsch nach einer tieferen Zuwanderung ernst und berücksichtigt gleichzeitig die Einhaltung der bilateralen Verträge. Die BDP ist tief davon überzeugt, dass genau dies dem Volkswillen entspricht.

Die BDP fühlt sich deshalb in ihrer Einschätzung gestärkt und bestätigt. Sie wird sich weiterhin mit Vehemenz dafür einsetzen, dass die Zuwanderung reduziert werden kann, ohne die bilateralen Verträge zu gefährden. Und sie betont einmal mehr, dass der Bundesrat nun auch gefordert ist, bei der konsequenten Förderung inländischer Arbeitskräfte endlich vorwärts zu machen. Die Schweiz braucht dringend bessere Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern und höhere Arbeitsmarktchancen für die ältere Generation. Damit wird die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften verringert und die Zuwanderung reduziert.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

21.12.2016